

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Filiz Polat, Luise Amtsberg, Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/5547 –

Umsetzung des Global Compact for Migration – Globale Standards für die Rechte von Migrantinnen und Migranten stärken

A. Problem

Der am 10./11. Dezember 2018 in Marrakesch/Marokko zur Unterzeichnung aufliegende "Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration" (GCM) stellt aus Sicht der Antragsteller ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung globaler Standards für die Rechte und den Schutz von Migrantinnen und Migranten dar. Auch wenn das Dokument keine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung sei, so verfolge es doch einen "rechtebasierten Ansatz", indem es einen Kanon von Normen und Leitlinien formuliere, der von den Vereinten Nationen wie auch von den Signatarstaaten des GCM zu respektieren sei. Die tatsächliche Wirksamkeit des GCM hänge jedoch von seiner praktischen Umsetzung ab, bei der die Bundesregierung eine der Leistungsfähigkeit und dem internationalen Gewicht Deutschlands entsprechende Führungsrolle einnehmen müsse, wozu die Bereitstellung erforderlicher personeller und materieller Ressourcen gehöre. Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, zur Umsetzung des GCM eine Reihe konkreter Maßnahmen zu ergreifen, eine Umsetzungsstrategie vorzulegen und den Bundestag jährlich über den Stand der Umsetzung zu unterrichten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/5547 abzulehnen.

Berlin, den 28. November 2018

Der Auswärtige Ausschuss

Paul Ziemiak
Berichtersteller

Christoph Matschie
Berichtersteller

Armin-Paulus Hampel
Berichtersteller

Ulrich Lechte
Berichtersteller

Sevim Dağdelen
Berichterstellerin

Omid Nouripour
Berichtersteller

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Paul Ziemiak, Christoph Matschie, Armin-Paulus Hampel, Ulrich Lechte, Sevim Dağdelen und Omid Nouripour

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/5547** in seiner 61. Sitzung am 8. November 2018 beraten und an den Auswärtigen Ausschuss zur federführenden Beratung sowie an die Ausschüsse für Inneres und Heimat, für Arbeit und Soziales, für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der am 10./11. Dezember 2018 in Marrakesch/Marokko zur Unterzeichnung aufliegende "Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration" (GCM) stellt aus Sicht der Antragsteller ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung globaler Standards für die Rechte und den Schutz von Migrantinnen und Migranten dar. Auch wenn das Dokument keine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung sei, so verfolge es doch einen "rechtebasierten Ansatz", indem es einen Kanon von Normen und Leitlinien formuliere, der von den Vereinten Nationen wie auch von den Signatarstaaten des GCM zu respektieren sei. Die tatsächliche Wirksamkeit des GCM hänge jedoch von seiner praktischen Umsetzung ab, bei der die Bundesregierung eine der Leistungsfähigkeit und dem internationalen Gewicht Deutschlands entsprechende Führungsrolle einnehmen müsse, wozu die Bereitstellung erforderlicher personeller und materieller Ressourcen gehöre. Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, zur Umsetzung des GCM eine Reihe konkreter Maßnahmen zu ergreifen, eine Umsetzungsstrategie vorzulegen und den Bundestag jährlich über den Stand der Umsetzung zu unterrichten.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat die Vorlage 19/5547 in seiner 30. Sitzung am 28. November 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage 19/5547 in seiner 30. Sitzung am 28. November 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage 19/5547 in seiner 18. Sitzung am 28. November 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage 19/5547 in seiner 20. Sitzung am 28. November 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 21. Sitzung am 28. November 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung Fraktionen der FDP und DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 28. November 2018

Paul Ziemiak
Berichtersteller

Christoph Matschie
Berichtersteller

Armin-Paulus Hampel
Berichtersteller

Ulrich Lechte
Berichtersteller

Sevim Dağdelen
Berichterstellerin

Omid Nouripour
Berichtersteller

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.